

## Tag 1: Julian Assange Berufung Anhörung

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Taylor Hudak:** Ich stehe hier vor dem Royal Courts of Justice in London. Wir haben gerade den ersten Tag der möglicherweise letzten Berufung Anhörung von Julian Assange in Großbritannien abgeschlossen. Dies ist die letzte Gelegenheit für die Verteidigung, vor Gericht zu argumentieren, dass sein Fall noch einmal in einem Berufungsverfahren verhandelt werden sollte. Der Ausgang dieses Verfahrens wird darüber entscheiden, ob er Berufung einlegen kann oder ob er sich dem Auslieferungsverfahren stellen muss. Das Gericht erklärte, dass Herr Assange darum gebeten habe, persönlich an der Anhörung teilzunehmen. Ihm wurde die Erlaubnis erteilt, allerdings ist er aufgrund seines Gesundheitszustandes nicht in der Lage, an der Anhörung teilzunehmen. Zu Beginn der Verhandlung gab der Verteidiger Edward Fitzgerald einen Überblick über den Fall und erklärte, dass die Bezirksrichterin am 4. Januar 2021 den Auslieferungsantrag zunächst mit der Begründung abgelehnt hatte, dass die Auslieferung von Assange aufgrund seines Gesundheitszustands repressiv sei. Sie berief sich dabei auf Abschnitt 91 des britischen Auslieferungsgesetzes von 2003. In der Berufung wurde diese Entscheidung jedoch auf der Grundlage neuer Zusicherungen der USA, die dem Gericht vorgelegt wurden, rückgängig gemacht. Die Verteidigung argumentierte, dass der Angeklagte in Wirklichkeit aufgrund politischer Straftaten verfolgt werde, da Spionage eindeutig eine politische Straftat sei und dies einen Missbrauch des Verfahrens darstelle. Spionagevorwürfe werden seit jeher als politische Straftaten betrachtet, weshalb die Gerichte seit jeher die Auslieferung von Personen aus dem Vereinigten Königreich an andere Länder aus politischen Gründen oder wegen Spionage untersagen. Die Verteidigung führte weiter aus, dass das Auslieferungsverbot für politische Straftaten eine langjährige Tradition sei und ein Wert, den die britische Regierung seit langem vertrete. Es handelt sich auch um einen grundlegenden Schutz, der im internationalen Recht anerkannt ist. Die britische Regierung hat Auslieferungsverträge mit 158 Ländern abgeschlossen. Von diesen 158 Auslieferungsverträgen enthalten 156 eine Bestimmung, die eine Auslieferung für politische Zwecke oder politische Straftaten verhindert.

Rechtsanwalt Mark Summers hielt eine Ansprache an das Gericht, in der er auf die Arbeit von Julian Assange durch WikiLeaks einging, durch die hochrangige staatliche Verbrechen aufgedeckt wurden. Dieser Punkt wurde während der vollständigen Auslieferungsanhörungen im Jahr 2020 nicht berücksichtigt. Summers zitierte die Depeschen des Außenministeriums, die außergerichtliche Ermordungen, Überstellungen, Folter, geheime Gefängnisse und Morde enthüllten, auf die sich mehrere ausländische Gerichte stützten. Summers erörterte weiterhin die Arbeit von WikiLeaks in Bezug auf die Beurteilungsberichte bezüglich Guantanamo, die die Tatsache offenlegen, dass Häftlinge überstellt und in GITMO auch gefoltert wurden. Die Tagebücher aus dem Afghanistan- und Irakkrieg enthüllten Folter und Kriegsverbrechen. Assange wurde sogar ins EU-Parlament und in die UN eingeladen, um über diese Arbeiten zu sprechen. Dadurch geriet er selbstverständlich in einen grundsätzlichen, moralischen Konflikt mit der US-Regierung. Da die Anklage auf diese Veröffentlichungen zurückgeht, argumentiert die Verteidigung, dass Assange aus politischen Gründen angeklagt wird, was gegen Abschnitt 81 des britischen Auslieferungsgesetzes von 2003 verstößt, wonach Personen aufgrund ihrer politischen Überzeugungen nicht ausgeliefert werden dürfen.

Mark Summers warf auch eine Reihe von Fragen oder Punkten auf, die er in Frage stellte: Warum hat die US-Regierung beschlossen, Assange zu diesem Zeitpunkt strafrechtlich zu verfolgen? Etwa 2016/2017, da diese Dokumente bereits 2010 veröffentlicht wurden. Was sagt das über die Staaten aus? Das heißt, die Beweggründe oder Absichten der US-Regierung. Und warum hat sich die US-Regierung dafür entschieden, 2016/ 2017 Anklage zu erheben. Wir haben heute vor Gericht gehört, dass der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) tatsächlich beabsichtigt, gegen die US-Regierung und die Verantwortlichen aufgrund der WikiLeaks-Veröffentlichungen zu ermitteln. Das hat natürlich viele Menschen in Washington verärgert. Kurz nachdem der IStGH angekündigt hatte, Ermittlungen durchzuführen, bei denen sie sich natürlich auf Herrn Assange stützen würden, begannen die US-Regierung und US-Beamte, Herrn Assange öffentlich als politischen Akteur zu bezeichnen. Summers fuhr fort, die Rechtsprechung zu zitieren, die besagt, dass die Verfolgung eines Journalisten aufgrund von Spionage ein noch nie dagewesenes Vergehen ist, da noch nie ein Journalist wegen der Beschaffung und Veröffentlichung von als geheim eingestuftem Material verfolgt wurde. Dies wäre das erste Mal, dass dies geschieht. Dies verstöße auch gegen Artikel 7 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), in dem es heißt, dass niemand ohne gesetzliche Grundlage bestraft werden darf und dass niemand für eine Straftat verantwortlich gemacht werden darf, wenn die Handlung zum Zeitpunkt ihrer Begehung keine Straftat darstellte.

Gut, das war es für den heutigen Bericht, und wir werden am Royal Courts of Justice für den zweiten Tag der möglicherweise letzten Berufungsanhörung von Julian Assange im Vereinigten Königreich zurück sein. Ich bin Journalistin Taylor Hudak, die für AcTVism Munich berichtet, und wir sehen uns beim nächsten Mal.

**ENDE**

**Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:**

**BANKKONTO:**

Kontoinhaber: acTVism München e.V.  
Bank: GLS Bank  
IBAN: DE89430609678224073600  
BIC: GENODEM1GLS

**PAYPAL:**

E-Mail: [PayPal@acTVism.org](mailto:PayPal@acTVism.org)

**PATREON:**

<https://www.patreon.com/acTVism>

**BETTERPLACE:**

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: [info@acTVism.org](mailto:info@acTVism.org)

---